

EU-Kommission weicht Schuldenregeln auf

Kurz vor dem Finanzministertreffen macht EU-Währungskommissar Rehn den Krisenländern Hoffnung, Bankenhilfen könnten nicht auf die Schuldenquote angerechnet werden. Streit ist damit programmiert.

Florian Eder



Foto: dpa

EU-Kommissar Olli Rehn will die Rekapitalisierung von Banken nicht auf das Defizit eines Landes anrechnen

Die EU-Kommission beruhigt zitternde Finanzminister: Sollte im kommenden Jahr eine Rekapitalisierung von Banken aus öffentlichen Mitteln fällig sein, dann will Währungskommissar Olli Rehn ein Auge zudrücken: Auf das Defizit eines Landes sollen diese Ausgaben de facto nicht angerechnet werden.

"Ein Defizitverfahren würde in der Regel nicht eröffnet", und bereits laufende Verfahren würden nicht verschärft, selbst wenn ein Land durch Bankenhilfen die Stabilitätskriterien des Maastricht-Vertrages reiße, schreibt Rehn in einem Brief an die "lieben Kollegen". Der "Welt am Sonntag" liegt das Schreiben vor.

"Kapitalspritzen aus öffentlichen Geldern werden generell als einmalig oder vorübergehend und als für die Finanzstabilität wichtige Faktoren betrachtet", schreibt Rehn an die Politiker. "Das heißt, sie werden im Defizitverfahren nicht zum Nachteil eines Mitgliedsstaates ausgelegt."

Der Brief kommt gerade rechtzeitig vor dem nächsten Treffen der EU-Finanzminister in Luxemburg. Beim vergangenen Mal nämlich, als sich die Minister trafen, hatte EZB-Direktor Jörg Asmussen für Unwohlsein gesorgt.

Nagelprobe für Bankenrettung

Bevor die Zentralbank im kommenden Jahr die Aufsicht über Europas Banken übernehme, werde sie einen "rigorosen und robusten" Stresstest durchführen, sagte Asmussen im September in Vilnius, und er ließ durchblicken, dass sie dabei entsprechend große Kapitallücken feststellen könnte.

Die betroffenen Banken mit Steuergeldern zu retten, wird mancher Regierung als das kleinere Übel erscheinen – weil das zwar das Staatsbudget belastet, aber Anlegern keinen Anlass bietet, aus Furcht vor der Schröpfung massenhaft Geld aus dem Bankensektor abzuziehen.

Europäische Bankenunion

- BANKENAUF SICHT
- BANKENABWICKLUNG
- EINLAGENSICHERUNG

Die Bankenunion, ein Großprojekt der EU, soll künftig eigentlich ausschließen, dass Steuermittel herangezogen werden, um die Pleite einer Bank zu verhindern. Ist dieses Versprechen glaubwürdig, wenn kurz vor dem Start noch einmal unbeschwert öffentliche Mittel zur Bankenrettung eingesetzt werden können?

Sven Giegold, Finanzexperte der Grünen im Europaparlament, hält, anders als Kommissar Rehn, schon die europaweiten Stresstests für "die Nagelprobe, ob nun mit der Bankenrettung auf Steuerzahlerkosten Schluss ist".